RICHTER

BETRUG

Rolle des Tölpels

Sieben Jahre dauerte es, bis sich der Wuppertaler Landgerichtsdirektor Dr. Norbert Simgen, 42, „durch einen Kubikmeter Wechsel" durchgearbeitet hatte. Oberstaatsanwalt Gerhard Heinzel, 56, lud in der gleichen Zeit 127mal zum Verhör. Das Ergebnis war eine Anklage wegen 38 Betrügereien.

Sie galt einem Kollegen: Wegen Betruges verurteilte die Zweite Große Strafkammer des Landgerichts Wuppertal im letzten Monat den Amtsgerichtsrat Dr. Erwin Corrinth, 66, zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

Zum drittenmal binnen kurzer Zeit war mit Corrinth ein bundesdeutscher Richter zum Fall für die eigene Behörde geworden: Weil sie betrügerischer Finanzmanipulationen verdächtig sind, schieden unlängst der Dortmunder Landgerichtsdirektor Hugo Pähler, 55, und der Böblinger Oberamtsrichter Dr. Werner Fiedler, 63, aus dem Dienst.

Nach gewagten Geld- und Grundstücksgeschäften war Pähler, zuletzt Vorsitzender einer Großen Strafkammer, letzten Sommer mit 1,5 Millionen Mark Schulden in Konkurs gegangen. Fiedler hatte mit nicht erfüllten finanziellen Verpflichtungen von mehr als 250 000 Mark Pleite gemacht (SPIEGEL 47/1968).

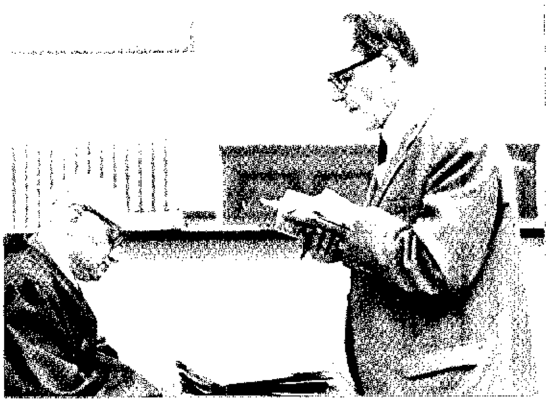
Doch während ein Amtsarzt dem Dortmunder Landgerichtsdirektor Geschäftsunfähigkeit wegen „geistiger Störung" attestierte und auch der seit einem Schlaganfall kranke Böblinger Oberamtsrichter („Ich kann mich an Einzelheiten nicht erinnern") mit Zubilligung des strafmildernden oder die Bestrafung sogar ausschließenden Paragraphen 51 rechnen kann, hatte Jurist Corrinth vergeblich auf Hilfe eines Psychiaters gehofft.

Gutachter Dr. Hans Jansen hatte auch nach sechswöchiger stationärer Beobachtung an Corrinth „keine vorzeitigen geistigen Abbauerscheinungen" feststellen können — ein um so erstaunlicherer Befund, als Landgerichtsdirektor Simgen seinem Kollegen Corrinth vor Gericht vorhielt: „Ein Mann mit Ihrer Erfahrung muß schon ein Brett vorm Kopf gehabt haben."

Richter Corrinths Unglück begann, als er in den fünfziger Jahren drei Trümmergrundstücke erbte und „den Boom der Zeit nutzen und schnell reich werden wollte" (Ankläger Heinzel). Er ließ fünf Häuser bauen, die erheblich teurer wurden, als vom Architekten und Bauunternehmer veranschlagt war, und ließ sich von dem vor dem Konkurs stehenden Unternehmer zur Übernahme einer Bürgschaft für Wechselschulden in Höhe von 478 172 Mark überreden. Auch schrieb er dem Finanzamt, er stehe für die Steuerschulden der Baufirma gerade.

Unter dem Druck solcher Verpflichtungen spielte der Doktor der Rechte „die Rolle eines Tölpels" — so sein Verteidiger Dr. Hubertus Kalpers. Für einen 50 000-Mark-Kredit verpfändete er sein Gehalt. Er nahm bei 15 weiteren Finanziers Geld auf, ohne ihnen mitzuteilen, daß er seine Bezüge bereits verpfändet hatte. Vor allem aber ließ sich der geschäftsunkundige Richter auch mit Geldgebern ein, die mehr als 50 Prozent Zinsen verlangten. So gab eine Briefkastenfirma in Liechtenstein für einen 100 000-Mark-Wechsel nur 48 000 Mark.

Immer tiefer in nicht mehr zu erfüllende Zahlungsverpflichtungen verstrickt, pumpte Corrinth bei Studienfreunden, bei Bäcker und Milchmann, bei Augenarzt und Apotheker, Blumenbinder und Kohlenhändler insgesamt 75 900 Mark zusammen. 16 Wuppertaler Rechtsanwälte verstießen gegen Empfehlungen ihrer Standesorganisationen und der Justizbehörden, wonach Richter und Advokaten sich tunlichst gegenseitig kein Geld leihen sollen, und borgten ihm 15 400 Mark. Die 70jährige Krankenpflegerin einer Verwandten gab ihre Ersparnisse, Wuppertals „Christengemeinschaft" half mit 2700 Mark aus, und eine Rentnerin nahm dem „Pumpgenie" (Simgen) zuliebe sogar einen Kredit über 2000 Mark auf. Insgesamt hatte der Richter — als seine Manipulationen 1961 offenbar wurden — 650 000 Mark Schulden.



Richter **Corrinth** (r.), **Anwalt**: Ein Kubikmeter Wechsel

Nach der Verurteilung muß Corrinth nun mit Titelverlust und Pensionsentzug rechnen. Seine Schuldenlast verringerte sich seit 1961 auf natürliche Weise: Mancher Gläubiger starb ohne Erben, und Richter Corrinths Richter Simgen fand: „Wir könnten einen Friedhof voller Zeugen bauen."

VZ

KIELER MORGENZEITUNG

An unsere Leser und Anzeigenkunden

Auf Grund von Ereignissen, die sich im Laufe des gestrigen Tages abspielten, ist die Belegschaft der VZ - Kieler Morgenzeitung und der Kieler Druckerei in einen spontanen Streik getreten; in einen Proteststreik, der sich gegen die Maßnahmen von Gremien der Sozialdemokratischen Partei in Bonn wendet.

In der Betriebsversammlung am Mittwochnachmittag, an der Joachim Steffen, der Vorsitzende der SPD Schleswig-Holsteins, und der Kreisverbands-Vorsitzende Hermann Kiesler teilnahmen, wurde auf die Notwendigkeit der Existenz einer sozialdemokratischen Zeitung im Lande und das Weiterbestehen der Kieler Druckerei nachdrücklich hingewiesen.

Der Geschäftsführer und Verlagsleiter Dr. Emil Bondholz sollte laut Entscheidung Bonns abberufen werden. Die Belegschaft hat dieser Maßnahme scharf widersprochen und ihre Solidarität mit Dr. Bondholz erklärt.

Wir halten es für notwendig, Sie von unserem Proteststreik in Kenntnis zu setzen und sind überzeugt davon, daß Sie für diese Aktion Verständnis zeigen. Wir wissen aus vielen Äußerungen und Sympathieerklärungen unserer Leser und Anzeigenkunden, daß diese Zeitung nach 75jährigem Bestehen für unser Land von wesentlicher politischer Bedeutung ist.

Mit dieser Aktion wollen wir versuchen, die Beschlüsse des Parteivorstandes, die nun gefaßt werden müssen, im Sinne der schleswig-holsteinischen SPD und eines demokratischen Pressewesens zu beeinflussen.

Für die Belegschaft

Klaus Holderbaum Hermann Rügge Ernst Wolter
Alfred Voigt Paul Grüning

Flugblatt der „VZ"-Belegschaft
Bann aus Bonn

PRESSE

„VZ"

Sauber runter

Am letzten Tag des Jahres erschien das bejahrte Tageblatt zum letztenmal. Silvester 1968 teilte die 1892 gegründete Kieler „Volkszeitung" (VZ), einzige SPD-Publikation in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt, allen Lesern mit, ihr Schicksal sei nunmehr „besiegelt".

Vom Schicksal getroffen wurde das nordelbische Parteiblatt (Auflage: 13 000) vor allem deshalb, weil der SPD-Vorstand nicht mehr bereit war, die „Volkszeitung" mit rund 80 000 Mark monatlich zu subventionieren. Solche Zuschüsse aber mußten den Bonner Sozialdemokraten in diesem Fall besonders schwerfallen, denn seit langem bewegte sich die „VZ" auf Kollisionskurs mit dem Parteiregenten Herbert Wehner.

Die Gefahr an der Förde ist beseitigt. Die „VZ" — zwar kein Ruhmesblatt, aber doch eine Zeitung, die sich nicht gängeln ließ — wird im neuen Jahr nicht mehr täglich erscheinen. Statt dessen plant die „Kieler Druckerei GmbH", Glied der SPD-Presseholding „Konzentration GmbH", künftig unter dem gleichen Titel und mit stark reduzierter Redaktion eine Wochenzeitschrift herauszubringen.

Vergebens forderten jugendliche Plakat-Träger „Solidarität mit der VZ"; den 80 Redakteuren und Verlagsbediensteten wurde zum Jahreswechsel gekündigt. Und wer sich nun täglich in der Hauptstadt informieren will, ist auf die konservativen, dem CDU-Landesregime gewogenen „Kieler Nachrichten" angewiesen.

Streng an kapitalistischen Komment hatten sich die sozialdemokratischen Verlagsherren schon vor der Einstel-